

# Wochenblatt

für Pulsnik,  
Königsbrück, Radeberg, Radeburg, Moritzburg und Umgegend.

## Amts-Blatt

des Königl. Amtsgerichts und des Stadtrathes

Pulsnik.

Neunundvierzigster Jahrgang.

Verantwortlicher Redakteur Hermann Schulze  
in Pulsnik.

Erscheint:  
Mittwoch und Sonnabend.

Als Beiblätter:

1. Illustriertes Sonntagsblatt (wöchentlich);
2. Landwirthschaftliche Beilage (monatlich).

Abonnements-Preis  
vierteljährlich 1 R. 25 Pf.  
Auf Wunsch unentgeltliche Zusendung.

Inserate  
sind bis Dienstag und Freitag  
vorm. 9 Uhr aufzugeben.  
Preis für die einspaltige  
Corpuszeile (ober deren Raum)  
10 Pfennige.

Geschäftskollegen:  
Buchdruckerei von A. Babi,  
Königsbrück, C. S. Krausche,  
Ramenz, Carl Dabertow, Groß-  
röhrsdorf.  
Annoncen-Bureau von Haasen-  
stein & Vogler, Invalidentank.  
Rudolph Roffe und C. S.  
Daube & Comp.

Druck und Verlag von E. L. Förster's Erben  
in Pulsnik.

Sonnabend.

Nr. 53.

3. Juli 1897.

### Gutsversteigerung.

Auf Antrag der Erben des Erbgerichtsbesizers **Ferdinand Alfred Wager** in **Weißbach** bei Pulsnik soll das zu dessen Nachlaß gehörige **Erbrichtergut Nr. 5** des Br.-G., Fol. 1 des Grund- und Hypothekenbuchs für Weißbach, mit 31 Hekt. 94,03 Ar Flächegehalt und mit 678,42 Steuer-Einheiten belegt, mit der vollen aufstehenden, bez. eingebrachten **Grute**, jedoch ohne jegliches Inventar

den 13. Juli 1897, Vormittags 10 Uhr,

an **Amtsgerichtsstelle**, und das vorhandene todt und lebende Inventar Tags darauf, also

den 14. Juli 1897, Vormittags 9 Uhr,

im **Nachlaßgute** meistbietend freiwillig versteigert werden.

Kaufslustige, welche sich über ihre Zahlungsfähigkeit auszuweisen haben, wollen sich rechtzeitig einfinden.

Die Versteigerungsbedingungen sind aus den Beifügen zu den an Amtsstelle und in den Gasthöfen zu Weißbach und Niedersteina aushängenden Anschlägen zu ersehen.

Königliches Amtsgericht Pulsnik,  
am 22. Juni 1897.  
v. Weber.

### Konkursverfahren.

Das Konkursverfahren über das Vermögen des Färbereibesizers **Max Theodor Hammer** in Pulsnik wird nach erfolgter Abhaltung des Schlußtermins hierdurch aufgehoben.  
Pulsnik, den 1. Juli 1897.

Königliches Amtsgericht.  
Bekannt gemacht durch den Gerichtsschreiber  
Aktuar Hofmann.

### Bekanntmachung,

die Absperrung der städtischen Wasserleitung betr.

Wegen Ausführung der Heimleitungen auf der Ramenzer Straße aus dem daselbst eingelegten neuen Hauptrohr der städtischen Wasserleitung in die anliegenden Hausgrundstücke macht sich die Absperrung der letzteren auf einige Tage nöthig, und zwar werden von derselben betroffen die Schießgasse und das Bahnhofsviertel am 5. und 6. d. Mts., die Ramenzer Straße vom 5. bis mit 10. d. Mts., was hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht wird.  
Pulsnik, am 2. Juli 1897.

Der Stadtrath,  
Schubert, Brgmstr.

### Tanzverlaubbüß betreffend.

Die Königliche Kreishauptmannschaft hat der unterzeichneten Behörde zum Vorwurfe gemacht, daß in der letzten Zeit zu oft Genehmigung zur Veranstaltung öffentlicher Tanzmusiken erteilt worden ist.

Die Tanzwirthe des Bezirks werden daher in Zukunft nur ganz ausnahmsweise auf die Erlaubniß zur Veranstaltung öffentlicher Tanzmusiken an anderen als den sogenannten regulativmäßigen Tanztagen rechnen dürfen.

Königliche Amtshauptmannschaft Ramenz, den 23. Juni 1897.  
von Erdmannsdorff.

### Aufsicht bei Tanzvergnügen.

Dem Vernehmen nach besteht unter der Bevölkerung vielfach die irrige Ansicht, daß die durch Gemeindeorgane zu führende Aufsicht bei Tanzmusiken sich nur auf den Tanzsaal erstreckt. Demgegenüber ist nun ausdrücklich zu betonen, daß die Aufsichtsführenden ihr Augenmerk auf alle Räumlichkeiten und auch auf die Umgebung der betreffenden Tanzstätte zu richten haben, also z. B. auch auf den Garten oder auf die vorüberführende Straße. Das ist nicht nur ihr Recht, sondern sogar ihre Pflicht.

Königliche Amtshauptmannschaft Ramenz, am 26. Juni 1897.  
von Erdmannsdorff.

### Die Centrumspartei.

Das Wohl des deutschen Volkes ruht auf seinen materiellen und ideellen Gütern; die Gefahren für unser Volk liegen in undeutschen, antinationalen Bestrebungen. Man mag es „konfessionell verbohrt“ und „einseitig religiös“ finden oder nicht, wahr ist es doch: das Wohl Deutschlands, auch sein materielles Wohl, beruht wesentlich auf der durch die Reformation gebrachten Befreiung von römisch-ultramontaner Knechtschaft. In der Wahrung der evangelischen Freiheit wurzelt und gipfelt unseres Volkes Glück. Und die Wahrung dieser Freiheit ist bisher arg vernachlässigt worden; von diesem Vorwurf ist keine Partei auszunehmen. Wir wollen gewiß nicht, daß eine Partei als solche Vertreter des evangelischen Gedankens, etwa ein „evangelisches Centrum“ werde; an einem Centrum, dem ultramontanen, haben wir mehr als genug. Aber wir wollen, daß in allen Parteien Männer sitzen, die, wenn sich die Gelegenheit bietet, fest und entschieden eintreten für das deutsch-evangelische Bewußtsein. Ihm drohen die schwersten Gefahren. Der undeutsche Ultramontanismus steht in der stärksten politischen Partei mächtig im Lande und in der Volksvertretung da.

„Gegen den Ultramontanismus!“ muß Parole werden. Durch bloßen Aberglauben und abergläubische „Wissenschaft“ bedroht er das religiöse und geistige Leben unseres Volkes, durch Verquickung der Religion mit seinen weltlich-politischen Herrschaftsbestrebungen bedroht er bürgerliche und staatliche Freiheit; durch seine durch und durch undeutsche Art bedroht er vaterländisches Denken und Fühlen. Im Frühjahr 1894 sprach in öffentlicher Versammlung der Centrumsführer Lieber das bezeichnende Wort: „Wir (das Centrum) hatten bei Abschluß des russischen Handelsver-

trages mehr auf Rom und Fulda (Papst und Bischof), als auf das Berliner Schloß und die Wilhelmstraße (Kaiser und Regierung) Rücksicht zu nehmen.“ Das ist undeutsch bis aufs Mark, das ist Mißbrauch der Religion.

Wie recht hatte unser größter Staatsmann, Fürst Bismarck, als er am 28. November 1885 im Reichstag erklärte: „Ich habe das gelernt, daß mit den Grundsätzen der Politik des Centrums weder das deutsche Reich noch der preussische Staat auf die Dauer existieren kann. Ich habe gelernt, daß ein Bund mit den Herren nicht zu flechten ist, ohne die Existenzbedingungen der preussischen Monarchie aufzugeben.“ Möge man sich auf die Gefahr besinnen, die immer schwerer wird. Möge das deutsche Volk bei Wahlen nur denen seine Stimme geben, die der Gefahr entgegenzutreten gewillt sind. Auch heute und gerade heute noch gelten die Worte unseres glorreichen Kaiser Wilhelm I. vom 18. Februar 1874: „Wir liegt die Führung meines Volkes in einem Kampfe ob, den schon frühere deutsche Kaiser Jahrhunderte hindurch gegen eine Macht zu führen gehabt haben, deren Herrschaft sich in keinem Lande der Welt mit dem Frieden und der Wohlfahrt der Völker verträglich erwiesen hat, und deren Sieg in unseren Tagen die Segnungen der Reformation, die Gewissensfreiheit und Autorität der Gesetze in Frage stellen würde.“ Nicht ein Wiederaufleben des „Kulturkampfes“ befürworten wir, aber eine zielbewußte, klare Stellungnahme gegen die Macht, die mit dem Scheine der Religion bekleidet die weltlichste und herrschsüchtigste ist, welche die Geschichte kennt.

In seiner Schrift über „Die politischen Aufgaben und Zustände des deutschen Reiches“ äußert sich der bekannte Philosoph Hartmann über die ultramontane Gefahr folgendermaßen: Früher gehörte es zum guten Ton, den

Katholizismus als überwundenen Standpunkt zu behandeln, als eine mittelalterliche Macht, die vor dem Sonnenaufgang der Aufklärung erblichen sei und keinem einigermaßen Gebildeten mehr etwas anhaben könne; ein Zweifel daran wäre als ein Zweifel an der Macht der Bildung der Freiheitsidee, d. h. als ein Mißtrauen in die eigene Sache perhorresziert worden. Aber der Katholizismus hatte niemals die Gegenreformation aufgegeben, und der Zeitpunkt schien ihm gekommen, den politischen Hort des Protestantismus zu vernichten. Die katholischen Staaten glaubte er ebenso sicher zu haben wie die Zukunft im demokratischen Amerika; England mit seinem Episkopal-system ist mehr dem Namen als der That nach protestantisch und die skandinavischen Kleinstaaten kommen geschichtlich kaum in Betracht. Das paritätische, aber unter protestantischer Regierung stehende Preußen war also der Kampfplatz, wo die Gegenreformation durchgeführt werden mußte, und die Kriege Oesterreichs und Frankreichs gegen Preußen waren in letzter historischer Instanz Kriege, welche der Ultramontanismus durch die katholischen Vormächte gegen die protestantische Vormacht führen ließ und welche im Falle des Sieges nicht bloß zur Verkleinerung und politischen Ohnmacht Preußens, sondern auch vor allem zur ultramontanen Bevormundung desselben geführt haben würden. Nachdem der Katholizismus bei Sabowa und Sedan geschlagen war, mußte er, wenn er nicht seine Pläne aufgeben wollte, den Krieg um so energischer als inneren Kampf in Preußen aufnehmen. Wenn nur die deutschen Katholiken alles thun, um das deutsche Reich in seiner Konsolidierung zu hindern, um das kaiserliche Kaisertum schwach und innerlich zerissen zu machen, dann hofft der Ultramontanismus sicher, daß der Augenblick nicht ausbleiben wird, wo sein Einfluß in anderen Staaten aus-

